

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion,
Dresden, A. 10, Holbeinstraße 46
Fernsprecher 21366
Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

Wegzettel:
Ausgabe A mit illust. Beilage dienstlich 2.40 M. In Dresden und ganz Deutsch-land frei Haus 2.50 M.; in Ostpreußen 2.50 K.
Ausgabe B dienstlich 2.10 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.20 M.; in Ostpreußen 2.20 K.
Einzelnummer 10 J.
Die Schiffs-Beilage erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Anzeigen:
Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Petit-Spaltzeile 25 J. Im Restteil 30 J. Familien-Anzeigen 20 J.
Für unentgeltlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgenommene Anzeigen können nur die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen.
Sprechstunde der Redaktion:
11-12 Uhr vorm.

Einzige katholische Tageszeitung im Königreich Sachsen. Organ der Zentrumspartei.
Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feierabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Die Verhandlungsbasis.

Die Wilsonnote.

Berlin, 6. November. Amtlich. Die durch Frank- spruch hier eingetroffene Note der Vereinigten Staaten vom 5. November 1918 lautet in der Uebersetzung:

In meiner Note vom 23. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notentwurf den mit den Vereinigten Staaten verbundenen Regierungen über- mittelt hat mit dem Antritte, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundfäden herbeizuführen, ihre militärischen Kataster und die der Vereinigten Staaten zu erforschen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedin- gungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die In- teressen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbündeten Regierungen unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenom- menen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofür sie einen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkte für möglich halten. Der Präsident hat jetzt ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Anmerkungen über diesen Notentwurf erhalten, das folgendermaßen lautet:

Die alliierten Regierungen haben den Notentwurf zwi- schen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Ver- einbarung zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongress vom 8. Januar 1918 sowie der Grundfäden, die in seinen späteren Ansprachen nieder- gelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen (Bestimmungen?) einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Fried- denskonferenz volle Freiheit vorbehalten. Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongress vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingung kein Zweifel bestehen darf. Sie ver- stehen darunter, daß Deutschland für alle durch seinen Angriff zu Lande, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauf- tragt, daß er mit der im letzten Teile des angeführten Memo- randums enthaltenen Auslegung einverstanden ist. Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marshall Koch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alli- erten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beauf- tragte Vertreter (?) der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen.

(Anm. des B.V.: Amtlich ist die Note noch nicht ein- gegangen.)

Wie die Frankf. Ztg. mitteilt, gehören der Kommission zur Besprechung der Waffenstillstandsverhandlungen mit unferen Gegnern an: General v. Gündell, der militärische Delegierte auf der Saager Friedenskonferenz, Generalmajor v. Winterfeld, der bekanntlich vor dem Kriege Militär-Attache in Paris war und im französischen Mandat einer schweren Automobilunfall erlitt, der frühere Staatssekretär Vizeadmiral v. Sinke, der Kommandant der Meeres- und Staatssekretär Erzberger.

Wie aus den Kreisen der Mehrheitsparteien mitgeteilt wird, ist die Einholung der Waffenstillstandsbedingungen des Generals Koch spätestens für Donnerstag nach- mittag zu erwarten. Das Kriegskabinett in Berlin tagt ununterbrochen.

Preßfestimmen.

Die Germania: Damit ist die Basis für Friedens- unterhandlungen in der Hauptsache so gegeben, wie wir uns gedacht hatten, und das scheint uns ein unerkennbares Ver-

dienst des Präsidenten Wilsons, was wir um so mehr aner- kennen müssen, als er seit anderthalb Jahren uns als ausge- sprochener Feind gegenübersteht.

Die Kreuzztg: Darüber müssen wir uns klar sein: Deutschland ist besetzt; Deutschland wird einen Unterwer- fungsfrieden annehmen. Sein Schicksal ist besiegelt. Wir gedenken heute voll tiefer Trauer aller der Helden, die der Malen deckt, die umsonst geblutet haben für Deutschlands Ehre und Zukunft. Wir beneiden sie, denn sie sind nicht Angeregen der Schmach, die Deutschland erwartet.

Das Berl. Tagebl.: Das deutsche Volk braucht es nicht als eine Schmach zu empfinden, wenn es nach so vielen Taten und Entbehrungen, während seine Front noch helden- haften Widerstand leistet, auf die Fortsetzung eines Kampfes, den es allein gegen eine Welt führen muß, in ruhiger Ueber- legenheit versichtet und sich seine Kräfte für neue Arbeit in einem freien Staatswesen erhält.

Die Post. Ztg.: Die erheblichen Einschränkungen, mit denen die Verbündeten die Grundfäden Wilsons sich zu eigen machen, ändern im ganzen doch nichts an der Tatsache, daß nunmehr beide feigführende Parteien sich in den meisten wesentlichen Punkten auf ein einheitliches Friedenspro- gram, mindestens theoretisch geeinigt haben.

Der Vorwärts: Der letzte Schuß im Weltkrieg wird wohl in dieser Woche noch verhallen. Die deutsche Regie- rung hält Wort; sie macht Frieden. Dieser Frieden wird hart sein für das deutsche Volk, wie die Note Wilsons zeigt, aber er ist notwendig geworden, nachdem die wohnsinnige Gewaltpolitik der früheren Machthaber elend zusammenge- brochen ist.

Ein Aufruf des Reichskanzlers

Berlin, 6. November. Amtlich. Der Reichskanzler hat folgenden Aufruf erlassen:

Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geant- wortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den vierzehn Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar dieses Jahres zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zustimmt haben und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Mar- schall Koch mitgeteilt werden. Damit ist die Voraussetzung für Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen gleich- zeitig geschaffen. Um dem Untergang ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waf- fenstillstandes und zur Annahme von Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist. Die Verhandlungen werden durch Unruhe und Diszi- plinloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlaufe ernstlich gefährdet. Heber vier Jahre hat das deut- sche Volk in Einsamkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur unbedingte Einigkeit des ganzen deut- schen Volkes große Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die inneren Kräfte versagen, so sind die Folgen nicht abzusehen. Aufrechterhaltung der bisher ge- wohnten Ordnung in freiwilliger Manneszucht ist in dieser Entscheidungsstunde eine unerlässliche Forderung, die jede Volksgemeinschaft stellen muß. Möge jeder Staats- bürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt.

Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Die Bedrohung der bayerischen Süds- und Ostgrenze

München, 6. Nov. Der Kriegsminister er- ließ folgenden Aufruf: Die Waffenstillstandsbedin- gungen, die unserem bisherigen österreichischen Verbündeten, auferlegt werden, eröffnen dem Feinde die Möglichkeit, unsere Süds- und Ostgrenze militärisch zu bedrohen. Das bayerische Volk, das in diesem Kriege einen bewundernswerten Opfermut gezeigt hat, kann auch dieser Möglichkeit zuversichtlich entgegensehen. Zur Beunruhigung liegt kein Anlaß vor. Vorkreuzungen für den Schutz der Heimat sind getroffen und im Gange. Die Bevölkerung darf das höchste Vertrauen haben, daß sie rückhaltlos davon unterrichtet wird, falls wider Erwarten eine unmittelbare Gefährdung des Landes eintreten sollte. Deshalb Ruhe und Zuvorsicht. gen. v. Hellingrath, General der Kav.

Vor der Konferenz.

Wir sprachen gestern die Hoffnung aus, daß die Sache des Friedens für uns doch nicht gar zu ungünstig stehen möge. Ob sich diese Hoffnung erfüllen wird? Wir wagen es kaum, diese Frage heute mit einem „Ja!“ zu beantworten. Ein endgültiges Urteil läßt sich heute aber noch nicht fällen. Es muß heißen: Abwarten! Das ganze deutsche Volk hat sich jedenfalls bis vor kurzem den Frieden anders vorgestellt. „Rein wahrlich! Deutschland hat für seine Treue und seine große bewiesene Kraft ein besseres Los verdient, als daß ihm zu der Einheit seine Freiheit und mit der Verfassung seine Geschichte und nun auch obendrein seine äußere Sicherheit in die Zukunft geraubt werden sollte.“ Diese Worte wurden vor hundert Jahren niedergeschrieben von dem großen Pa- trioten Görres, der zugleich zum bedeutendsten Vor- kämpfer für die Freiheit der katholischen Kirche wurde. Wer wird heute nicht an diese Worte erinnert? Gewiß hätten wir ein besseres Los verdient und hätten es auch erhalten, wenn unsere nicht die Nibelungentreue eine Viertelstunde vor Zwölfs gebrochen hätten.

Es gilt aber nun nicht bloß abzuwarten, sondern vor allem „Ruhig Amt!“ gerade im jetzigen Augenblick zu be- wahren. Der Verband hat sich zu Friedensverhand- lungen bereit erklärt und er ist auch gewillt, „auf Grund der Bedingungen, die der Präsident (Wilson) in einer An- sprache an den Kongress vom 8. Januar 1918 niedergelegt hat und auf Grund der Prinzipien, die in seinen folgenden Vorkämpfen zum Ausdruck kommen, mit der deutschen Regie- rung Frieden zu schließen.“ Allerdings mit Einräumung von. Bezüglich des Punktes 2 behalten sie sich jegliche Frei- heit vor. Dieser Punkt lautet:

„Vollkommene Freiheit der Schif- fahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowie im Krieg mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchföhrung internationaler Verträge geschlossen worden.“

Dieser Punkt ist aber einer der wichtigsten. Eine schlechte Auslegung kann den Lebensnerv des deutschen Volkes treffen. Es muß daher — mehr wollen wir heute dazu nicht sagen — Aufgabe unserer Unterhändler sein, hier zu retten und heranzuziehen, was zu retten und heranzuziehen ist. Bezeichnend ist, daß Wilson mit der Auslegung dieses Punktes einverstanden ist — und damit sich wohl schon recht beträchtlich vom Standpunkte des Rechtsfriedens entfernt hat. An der Freiheit der Meere muß in erster Linie unsere Arbeiterklasse das größte Interesse haben, denn sie ist die Rohstoffregelung in sich und damit die Frage der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitslosigkeit. Um so bedauerlicher sind die Vorurteile in Kiel, über die wir an anderer Stelle berichten. Solche Vorurteile müssen so im Augenblick geradezu eine wahre Herzenssünde für unser Volk sein. Wir wollen hoffen, daß man sich auch in Kiel wieder beruhigen und vor allem sonst im Reiche die Ruhe aufrecht erhalten wird. Trift auf der bevorstehenden Konferenz den Alliierten ein abgeschlossenes Deutsch- land gegenüber, dann ist noch lange nicht alles verloren. Mar- schall Koch wird den Vertretern der deutschen Regierung die Waffenstillstandsbedingungen mitteilen. Sein Plan, die deutsche Front zu durchbrechen, ist ihm nicht gelungen und wir sehen wohl kaum fehl in der Annahme, daß Koch nicht anders denken und fühlen wird, wie das englische Blatt Daily Express, das soeben schrieb: „Die letzten Tage des Krieges konzentrieren Kochs Aufgaben auf die Durchbrechung der deutschen Front. Der unerlöste Widerstand der Deutschen zwingt auch die Alliierten zur Bewunderung. Neben- falls wird sich der Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns weder an der deutschen Front noch im deutschen Reiche wie- derholen.“

Dafür, daß sich der Zusammenbruch Oesterreichs bei uns nicht wiederholt, muß das deutsche Volk Sorge tragen, soll nicht im letzten Augenblick der Entente der entscheidende Triumph in die Hand gespielt werden. Das deutsche Volk darf nicht vergessen, daß heute in der deutschen Regierung der feste Wille besteht, Frieden zu schließen, hoffentlich aber auch der feste Wille in der entscheidenden Stunde dem an sich keinen Haßlein der deutschen Volkswirtschaft mit Energie entgegenzutreten und zu verhindern, daß die Wehrheit des deutschen Volkes von diesen Händeln, gestärkt durch radou- listige Elemente, vergeistigt wird.

Der Lyoner Progreß hat ohne Zweifel recht, wenn er schreibt, daß uns von dem Ende des Krieges nur noch Tage trennen. Von diesen Tagen hängt die Zukunft Deutschlands